

HAUSHALTEN IN ZEITEN DER KRISE



FÜR EINE BÜRGERNAHE, SOLIDARISCHE UND ÖKOLOGISCHE STADTKULTUR



Etatrede 2010/2011

Stadtrat Wolfgang Raufelder, Fraktionsvorsitzender von
Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat, gehalten vor
dem Gemeinderat der Stadt Mannheim am 2. Februar 2010



INHALTSVERZEICHNIS

Seite

HAUSHALTEN IN ZEITEN DER KRISE –

FÜR EINE BÜRGERNAHE, SOLIDARISCHE UND ÖKOLOGISCHE STADTKULTUR

Haushaltsaufstellung unter schwierigsten Voraussetzungen 3

Bildungslandschaft im Wandel

6

Schulsanierung und Ganztagsschulausbau in Zeiten der Finanzkrise 6

Mannheimer Ganztageseschulmodell entwickeln – Schulsozialarbeit ausbauen 6

Bildungschancen gerecht verteilen – früh fördern 6

Inklusion: für das Recht auf gemeinsames Lernen 7

Schulstandortdebatte führen – auf Änderungen im Schulsystem vorbereiten 7

Freie Schulen als elementarer Bestandteil des Schulsystems 7

Bildung findet nicht nur in der Schule statt 8

Kooperationen mit den Mannheimer Hochschulen 8

NATUR, UMWELT, KLIMA UND VERKEHR

9

Klima schützen – Energie sparen 9

Städtische Förderprogramme zur Energieeinsparung ergänzen 9

Klimaschutz auch im gewerblichen Bereich 9

Die Stadt braucht mehr Raum zum Atmen! 10

Stadtplanung neu denken 10

Neue Formen des Zusammenlebens entwickeln 11

Konversionsflächen gegen die Stadt aus Stein 11

Durch die Bewahrung der Umwelt die Menschen schützen 11

Flugplätze endlich schließen 12

Begonnene Stadtentwicklungsprojekte abschließen 12

Humanitäre Werte verpflichten zu Tierschutz 12

KINDER, JUGENDLICHE UND FAMILIEN SIND UNSERE ZUKUNFT

13

Einkommensorientierung in Kindertagesstätten, Krippen und Horten 13

Ein neuer Familienpass für mehr Teilhabegerechtigkeit 13

Qualität für alle: in Krippe, Kindergarten oder Hort 13

Ein Runder Tisch gegen Beratungs- und Zuständigkeitsnomadismus 14

Modellprojekt Waldhof-Ost – Frühförderung interdisziplinär 14

Der Soziale Dienst braucht unsere Hilfe 14

Medienkompetenz zwischen Prävention und Begrenzung 14

Gegen Kürzungen in der offenen Jugendarbeit 15

Jugendtreffs in Wallstadt und der Schwetzingenstadt 15

Jugendtreffs freier Träger endlich nicht mehr benachteiligen 15

Spiel- und Freiräume schützen – Spielplätze sanieren 15

Partizipation von Kindern und Jugendlichen 16

GERECHTE TEILHABE – SOLIDARISCHES HANDELN

17

Präventiv gegen Gewalt – Frauenhäuser schützen 17

Die 68er stürmen die Seniorentreffs 17

Inklusion – Die Unterschiedlichkeit wird Teil der Normalität 17

Schuldnerberatung für alle 18

ARGE und Job-Center: getrennt für mehr Bürokratie 18

Mannheim als Stadt mit Freizeitwert für alle 18

Kommunale Gesundheitsfürsorge – Vernetzung vor Ort initiieren	19
Musikalisch-Rhythmische Früherziehung	
ergänzt Sprachentwicklungsförderung	19
Selbsthilfe dauerhaft sichern	19
 WIRTSCHAFT UND BÜRGERSCHAFT GEMEINSAM IN DER VERANTWORTUNG	 20
Eine wirtschaftspolitische Strategie für eine attraktive Stadt	20
Stadtentwicklung trifft Beschäftigungspolitik	20
Mehr Verantwortung an Bürgerinnen und Bürger zurückgeben	21
 MANNHEIM BRAUCHT VIELFALT	 22
Stadtteilorientierung, Quartiermanagement und Bezirksbeiratsbudgets	22
Ein Beteiligungshaushalt für Mannheim	22
Mehr Raum für freie Kunst und Kultur	23
Schwul-lesbische Community	23
Ehrenamt fördert Talente	24
Eine-Welt: Gerade in schweren Zeiten über den eigenen Tellerrand schauen!	24
Kein Raum für Intoleranz und Rassismus!	24
Integrationspreis als Würdigung wertvoller Integrationsarbeit	25
 STADTVERWALTUNG IM WANDEL	 26
Change2 – Quo vadis, Verwaltungsumbau?	26
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das Kapital der Stadt	26
Gender Budgeting – zu früh gefreut	27
Globale Probleme bekämpfen – gerecht Produkte beschaffen	27
 SCHLUSSBEMERKUNG	 28



HAUSHALTEN IN ZEITEN DER KRISE – FÜR EINE BÜRGERNAHE, SOLIDARISCHE UND ÖKOLOGISCHE STADTKULTUR

**Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mannheimerinnen und Mannheimer,**

zwei Aspekte bestimmen die aktuellen Haushaltsberatungen: ein neuer Gemeinderat und die Finanzkrise.

Die Gemeinderatswahl im Juni vergangenen Jahres hat die Zusammensetzung des Gemeinderats stark geändert. Neue Mehrheiten ergeben sich. Ob und wie diese Mehrheiten unter diesen sehr schwierigen finanziellen Bedingungen konzeptionelle Akzente setzen können, wird sich zeigen. Erste Gespräche stimmen zumindest optimistisch.

Die Hoffnung, dass sich Verwaltung und Gemeinderat in Zeiten der Krise schon frühzeitig auf einen gemeinsamen Haushaltsentwurf einigen könnten, wurde leider nicht erfüllt.

Lange, viel zu lange haben Sie, Herr Oberbürgermeister, die Folgen der Krise für die Kommunen geleugnet, versucht sie klein zu reden. Hier wurde auch verpasst, die Mannheimerinnen und Mannheimer mit ins Boot zu holen und gemeinsam mit ihnen die Krise zu meistern. Die Verwaltungsspitze hat noch immer noch nicht die Zeichen der Zeit erkannt und verweigert sich weiterhin einer echten Bürgerbeteiligung.

Der Versuch der Stadtspitze, Politik gegen die Bevölkerung und die Gemeinderatsmehrheit zu machen, ist aber gescheitert. Sowohl bei der Bebauung des 48er-Platzes als auch beim Wegfall der Jugendhäuser zeigten die Bürgerinnen und Bürger dem Oberbürgermeister und der Fachdezernentin die Rote Karte. Und das ist, um mit einem Genossen zu sprechen, gut so!

Die kommunalen Finanzen befinden sich in einer existentiellen Krise. Solange das Damoklesschwert der Haushaltssicherung über uns schwebt und wir Gefahr laufen, nicht mehr Herr im eigenen Hause zu sein, sind wir alle aufgefordert, kompromissbereit zu sein und unsere Forderungen zurück zu schrauben.

Wir unterstützen daher die Bemühungen der Verwaltung, einen genehmigungsfähigen Haushalt in dieser schwierigen Zeit vorzulegen. Ebenso findet die Idee eines Haushaltsstrukturprogramms unsere Zustimmung, mit Änderungsbedarf an der einen oder anderen Stelle.

Wir haben, trotz aller finanziellen Schwierigkeiten, vier Bereiche ausgemacht, bei denen wir in den kommenden zwei Jahren Schwerpunkte setzen wollen.

Wir brauchen eine stärkere Stadtteilorientierung der Verwaltung. Nur durch Präsenz im Stadtteil – und wir sprechen hier von weit mehr als den Bürgerdiensten – erhält die Stadt für viele Bürgerinnen und Bürger wieder ein Gesicht und kann sich aktiv und im Dialog mit den Menschen, den Organisationen und den Einrichtungen vor Ort an der Entwicklung der Stadtteile beteiligen.

Eng mit der Stadtteilorientierung verknüpft ist eine Intensivierung der Bürgerbeteiligung. Für uns bedeutet Bürgerbeteiligung mehr als die Information der Bürgerinnen und Bürger auf so genannten Bürgerversammlungen – genannt sei hier beispielhaft der Beteiligungshaushalt. Wir sehen darin auch keine Gefahr für die Demokratie oder die Legitimation des Gemeinderats, sondern eine Bereicherung des Miteinanders in unserer Stadt.

Neben der im Haushaltsentwurf schon verankerten müssen wir weitere Schwerpunkte im Bereiche der Familien sowie auch speziell bei den Kindern und Jugendlichen setzen. Teilhabegerechtigkeit beim Familienpass, Einkommensorientierung bei den Kitagebühren, der Erhalt der Jugendhäuser und der offenen Jugendarbeit, mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, eine kind- und familiengerechte Stadtgestaltung sind nur einige Stichworte, auf die ich später näher eingehen will.

Aber auch die Mobilität halten wir für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt von zentraler Bedeutung. Sowohl die Weiterentwicklung des ÖPNV – Stadtbahn Nord und S-Bahnausbau sind sicher die zentralen Punkte – als auch des Rad- und des Fußverkehrs helfen uns, unsere Stadt lebens- und wohnenswerter zu machen. Nennen wollen wir hier aber auch die Einführung einer City-Maut ebenso wie Verhinderung falscher Straßenbauprojekte wie die immer wiederkehrende Rheinquerung bei Altrip, die wir uns auf unsere Fahnen geschrieben haben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein paar Worte zur Entwicklung Mannheims in der Metropolregion sagen: Wir müssen dringend das Kirchturmdenken überwinden, das uns alle, in alle Städte und Gemeinden der Metropolregion noch immer beherrscht. Die Zusammenarbeit in der Region darf keine Einbahnstraße sein, es muss ein Geben und Nehmen herrschen. Die Region muss sich bewähren, aber wir glauben, dass sie auf einem guten Weg ist. Natürlich gibt es im Miteinander immer noch Streitpunkte wie z.B. bei der Finanzierung gemeinsamer, zentraler Aufgaben in den Bereichen Kultur und Umwelt, aber auch im Sozialbereich und hier gegenwärtig besonders bei den Frauenhäusern, um nur einige zu nennen. Lassen sie uns trotzdem dafür sorgen, dass sich die Menschen in der Rhein-Neckar-Region immer stärker als Bürgerinnen und Bürger der Metropolregion fühlen – die Direktwahl der Verbandsversammlung wäre hier sicher ein wichtiger Schritt.

Haushaltsaufstellung unter schwierigsten Voraussetzungen

Die Voraussetzungen für die Aufstellung des Doppelhaushaltes 2010/2011 sind denkbar schlecht. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die städtischen Einnahmen massiv einbrechen lassen und im gleichen Maß die Ausgaben gerade im Sozialbereich in die Höhe schnellen lassen. Haushaltslücken von insgesamt deutlich mehr als 300 Millionen Euro für vier Jahre sind eine schier unglaubliche Summe, die die Stadt Mannheim zu verkraften hat. Leider wurden die Kommunen mit dieser Situation nicht nur allein gelassen, sondern sogar von Bundes- und Landesregierung noch zusätzlich belastet. Das schwarz-gelbe Klientelbedienungsgesetz, auch Wachstumsbeschleunigungsgesetz genannt, belastet die Stadt Mannheim nochmals mit ca. 10 Millionen Euro jährlich.

Diese außergewöhnlichen finanziellen Belastungen lassen sich nur durch einen Mix aus verschiedenen Maßnahmen bewältigen. Einsparungen und Einnahmeerhöhungen, Vermögensverkäufe, Einsetzen der Rücklage und Neuverschuldung helfen, die Zeit bis zur Erholung der städtischen Finanzen zu überbrücken. Parallel dazu sehen wir die Notwendigkeit eines Haushaltsstrukturprogramms, auch in der vorgeschlagenen Höhe. Der Mannheimer Haushalt weist eine strukturelle Unterfinanzierung auf, die nur durch die außergewöhnlich guten Jahre 2008 und 2009 verdeckt wurden. Großen Anteil an der strukturellen Unterfinanzierung haben vor allem Landes- und Bundesebene, die über Jahre den Kommunen neue Aufgaben zugewiesen haben ohne entsprechende Gegenfinanzierung. Es bedarf einer grundlegenden Reform der Kommunalfinanzen. Unter den aktuellen Bedingungen ist die kommunale Eigenständigkeit gefährdet!

Der vorgeschlagene Haushalt hat keinen Raum für große Wünsche. Das deutliche Absinken der Investitionen bringt eine zusätzliche Belastung für zukünftige Haushalte und erschwert die zukünftige Entwicklung Mannheims. Leider wurden unsere Warnungen bzgl. des Sanierungsstaus bei den städtischen Gebäuden jahrelang ignoriert, so dass nun ein noch stärkerer Vermögensabbau erfolgt. Möglichst schnell muss die Investitionsquote deshalb wieder auf ein nachhaltiges Niveau geführt werden. Bei den Ausgabekürzungen in Haushalt und Haushaltsstrukturprogramm sind teilweise deutliche Änderungen unabdingbar, da sonst funktionierende Strukturen kaputt gespart und noch höhere zukünftige Belastungen erzeugt würden. Gleichzeitig gilt es aber auch, auch die Einnahmensituation zu verbessern. Hier unterstützen wir sowohl die Einführung einer zusätzlichen Abgabe für Hotels als auch die Erhebung einer Gebühr auf die verschärften Kontrollen bei der Aufbewahrung von Waffen.

Klar muss auch gesagt werden, dass die Umsetzung des Haushaltes und der mittelfristigen Finanzplanung mit Risiken behaftet sind. Auch bei einer Besserung der gesamtwirtschaftlichen Lage ist eine Verbesserung der Kommunalfinanzen nicht gesichert. In den Bereichen Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, usw. sind die Steigerungen der Ausgaben sehr vorsichtig bemessen. Derzeit ist nicht absehbar, ob die geplanten Maßnahmen zur Begrenzung des Ausgabenwachstums tatsächlich in dem Maße erfolgreich sein werden. Die Verwertung des Barwertvorteils aus dem Cross Border Leasing setzt die Stadt über Jahre hinweg einem großen Risiko aus. Sollte die Bonität der finanzierenden Bank sinken, drohen Belastungen von vielen Millionen. Problematisch ist zudem die Strategie, den städtischen Beteiligungen Eigenkapital zugunsten des Haushalts zu entziehen, um die Finanzkrise zu bewältigen. Baldmöglichst muss die Stadt eine einheitliche Strategie zum Umgang mit ihren Beteiligungen erarbeiten, die dann zukünftig auch in finanziell schwierigen Zeiten durchgehalten wird.

Insgesamt ist der eingeschlagene Weg für die Grundstruktur des Doppelhaushaltes 2010/2011 für uns GRÜNE realistisch. Die Alternative, der Verkauf des städtischen Anteils an der MVV Energie AG oder anderer Beteiligungen wie der GBG oder des Klinikums, lehnen wir ab. Der vorgelegte Haushalt stellt bereits einen Abbau städtischen Vermögens dar. Ein deutlich stärkerer Vermögensabbau durch den Verkauf der MVV Energie AG, der die Zukunft durch dann fehlende Dividendeneinnahmen in zweistelliger Millionenhöhe dauerhaft belasten würde, würde die Finanzarchitektur der Stadt nachhaltig schädigen. Wer das jetzt fordert, verfrühstückt die Zukunft dieser Stadt!



Bildungslandschaft im Wandel

Schulsanierung und Ganztageschul- ausbau in Zeiten der Finanzkrise

Zahlreiche Mannheimer Schulen sind trotz der Anstrengungen der vergangenen Jahre in einem Zustand, den man Kindern und Jugendlichen nicht zumuten möchte und darf. Der Sanierungsbedarf ist auch nach zwei besseren Jahren immens. Wir unterstützen die geplanten Sanierungsmaßnahmen und sehen dringenden Bedarf, diese auszuweiten, sobald eine Erholung der Kommunalfinanzen dies zulässt.

Das Ziel bis zum Jahr 2016 40% der Schulen zu Ganztageschulen auszubauen und damit 50% der Schülerinnen und Schüler zu erreichen wird sich nicht mehr realisieren lassen. Dies ist bedauerlich, muss aber unter den gegebenen Umständen hingenommen werden. Immerhin können mit den Uhland-Schulen und der Vogelstang-Schule zwei Vorhaben realisiert werden. Die Planungen für die nächsten Ganztageschulen müssen fortgesetzt werden. Hier müssen Prioritäten gesetzt werden. Gebundene Ganztageschulen haben für uns Vorrang vor offenen Ganztageschulen. Ganztageschulen sollen darüber hinaus dort als erstes eingerichtet werden, wo die Schülerinnen und Schüler am meisten von dieser Einrichtung profitieren können.

Mannheimer Ganztageschulmodell entwickeln – Schulsozialarbeit ausbauen

Die verlangsamte Einführung der Ganztageschulen bietet die Chance, sich mit dem Konzept der Ganztageschule inhaltlich ausführlich auseinander zu setzen. Bei der Ausgestaltung der Mannheimer Ganztageschulen sehen wir großen Diskussions- und auch Handlungsbedarf. Wir wollen durch Evaluation der sehr verschiedenen Modelle in Erfahrung bringen, welches Modell messbare Erfolge bringt und wo Veränderungsbedarf besteht. Generell braucht die Zusammenarbeit von Schule, Schulsozialarbeit, Horten, Jugendhilfe, Jugendförderung und den vielfältigen Mannheimer Vereinen notwendig ein Konzept. Über allem müssen die Bildungschancen für Mannheims Kinder stehen. Die Bildungschancen von Kindern müssen endlich vom Faktor soziale Herkunft abgekoppelt werden.

Diese Ziele sind nur erreichbar, wenn eine Schülerschaft mit sehr unterschiedlichen Lebens- und oftmals auch Problemlagen von entsprechend pädagogisch und auch sozialpädagogisch ausgebildeten Menschen begleitet wird. Deshalb setzen wir uns für den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit ein. Alle Evaluierungen zeigen, dass Schulsozialarbeit wesentlich dazu beiträgt, dass sowohl die Gewaltbereitschaft bei den Jugendlichen abnimmt als auch die Schulabbruchsquoten deutlich zurückgehen. Deshalb fordern wir, dass an jeder Ganztageschule mindestens eine Stelle für Schulsozialarbeit eingerichtet wird. Hierbei ist besonders darauf zu achten, dass Menschen mit interkultureller Kompetenz und Erfahrung eingestellt werden.

Bildungschancen gerecht verteilen – früh fördern

In Mannheim mit seiner besonderen Sozialstruktur und seinem großen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund werden die negativen Ergebnisse der PISA-Studien besonders deutlich. Bildungschancen sind gerade auch in Mannheim sehr ungleich verteilt. Das zu ändern, ist uns ein zentrales

Anliegen. Ein Mittel dazu ist der Ausbau der Ganztagesesschulen und die Entwicklung eines entsprechenden Mannheimer Ganztageseschulkonzeptes. Darüber hinaus gibt es bereits zahlreiche gute Programme, wie der „Quadratkilometer Bildung“ in der Neckarstadt-West und das Mannheimer Unterstützungssystem Schule (MAUS), die ihren Teil dazu beitragen, die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher zu verbessern.

Die Förderung von Kindern und Jugendlichen darf aber nicht erst in der Schule beginnen. Zahlreiche Studien zeigen, wie wichtig die Jahre vor der Schule für ihre Entwicklung sind. Wir wollen daher die Förderung von Kindern früher starten lassen und werden ein Programm zur musikalischen Früherziehung in Kindertagesstätten beantragen. Studien zeigen deutlich, welchen Beitrag musikalische Früherziehung zur Kindesentwicklung beitragen kann, gerade auch in Bezug auf Sprachförderung. Früh fördern, statt später teuer reparieren!

Inklusion: für das Recht auf gemeinsames Lernen

Nach der Unterzeichnung der UN-Konvention zu den Rechten von Behinderten gilt diese seit kurzem auch in Deutschland. Sie führt zu einer deutlichen Verbesserung der Rechte von Behinderten. Diese Entwicklung begrüßen wir ausdrücklich. Sie stellt die Mannheimer Schullandschaft vor große Herausforderungen. Bisher spielten die Förder- und Sonderschulen die Hauptrolle bei der Beschulung von behinderten Kindern und Jugendlichen. Auch in Zukunft werden sie eine wichtige Rolle spielen und müssen dabei gestärkt werden. Auf die Regelschulen kommen deutliche Veränderungen zu, da zukünftig allen Kindern und Jugendlichen die freie Wahl zwischen Sonder- bzw. Förderschule und Regelschule gewährt wird. Die Herausforderungen, die diese freie Schulwahl mit sich bringt, müssen zügig angegangen werden. Alle Kinder und Jugendlichen – Behinderte und Nichtbehinderte – werden von dieser Entwicklung profitieren.

Schulstandortdebatte führen – auf Änderungen im Schulsystem vorbereiten

Die Bildungslandschaft in Deutschland befindet sich im Wandel. In immer mehr Bundesländern werden deutliche Korrekturen am dreigliedrigen Schulsystem vorgenommen – hin zu mehr und längerem gemeinsamen Lernen. Diese Entwicklung ist mehr als überfällig. Baden-Württemberg wird sich ihr nicht mehr lange entziehen können.

Mannheim muss sich darauf einstellen. Ein Antrag auf Einrichtung einer weiteren Gesamtschule neben der sehr erfolgreich arbeitenden Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried (IGMH) ist ein erster Schritt. Wichtig ist, dass die Stadt bei allen Überlegungen und Planungen diese Entwicklung weg vom dreigliedrigen Schulsystem einbezieht. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die demografische Entwicklung und ein deutlich geändertes Schulwahlverhalten nach der Grundschule. Die Einführung der Neuen Werkrealschule ist nur eine Zwischenstufe und wurde hauptsächlich eingeführt um die Kommunen zu zwingen kleine Hauptschulen zu schließen.

Tatsächlich entspricht die Mannheimer Schulstruktur nicht mehr den Herausforderungen der heutigen Zeit. Hauptschülerinnen und Hauptschüler machen heute nur noch etwa ein Viertel der Schülerinnen und Schüler aus. Hauptschulen machen jedoch mehr als die Hälfte aller weiterführenden Schulen aus. Wir wollen eine Debatte über die gesamte Mannheimer Schulstruktur anstoßen und werden mit eigenen Ideen Veränderungen anstoßen. Einfach nur einige Hauptschulen schließen um die Grundstücke zu verkaufen ist für uns allerdings keine Lösung. Wir wollen einen Umbau der Schulstruktur in Mannheim, nicht deren Abbau!

Freie Schulen als elementarer Bestandteil des Schulsystems

Freie Schulen wie z.B. Waldorfschulen sind elementarer und wichtiger Bestandteil unseres Schulsystems. Sie stellen eine anerkannte Alternative zu staatlichen Schulen dar. Eine Benachteiligung freier

Schulen werden wir konsequent verhindern. Der faktische Ausschluss der freien Mannheimer Schulen vom Konjunkturprogramm des Bundes war falsch. Die Nichteinhaltung der Zusage der Landesregierung auf Bruttokostenerstattung von 80% ist desaströs. Über dadurch verursachte Schulgelderhöhungen werden freie Schulen für zahlreiche Familien unfinanzierbar und die von der Landesverfassung soziale Durchmischung privater Schulen unmöglich. Wir setzen uns dafür ein, dass auch zukünftig alle Kinder unabhängig von der sozialen Herkunft die gleichen Möglichkeiten haben, ihre Schule auszuwählen.

Bildung findet nicht nur in der Schule statt

Wir begrüßen, dass die Bildungspolitik in letzter Zeit so stark im Mittelpunkt der politischen Diskussion steht. Die verschiedenen Impulse werden wir gerne aufnehmen, um die Zukunft des Bildungssystems zu gestalten. Der von vielen in dieser Debatte verwendete Bildungsbegriff ist uns jedoch deutlich zu eng. Bildung fängt deutlich vor der Schule an und sie findet nicht nur in der Schule statt. Neben der Schule sind für uns die frühkindliche Bildung und die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit zentrale Säulen der Bildungspolitik, die nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Nur gemeinsam kann eine gute und umfassende Bildung aller Kinder erreicht werden.

Stadtbibliothek, Musikschule, Abendakademie, aber auch Jugendhäuser sowie zahlreiche weitere Einrichtungen gehören für uns zu einem umfassenden Bildungsangebot, das wir erhalten und ausbauen wollen. Vielfältige Bildungsangebote für alle!

Kooperationen mit den Mannheimer Hochschulen

Der bevorstehende Ausbau von Krippenplätzen, Kindertageseinrichtungen und Ganztageschulen bedingt einen hohen Bedarf an hoch qualifiziertem pädagogischem Personal. Dieser Bedarf lässt sich aber bereits für die heute bestehenden Einrichtungen nur mit Mühe decken. Im Gespräch mit der Fakultät für Sozialwesen der Hochschule Mannheim kann die Stadt klären, ob und wenn ja, unter welchen Bedingungen die Entwicklung und der Aufbau entsprechender Aus- und Weiterbildungsangebote im Bereich der frühkindlichen Erziehung und Bildung möglich sind. Genauso sinnvoll und notwendig erachten wir die bessere Vernetzung entsprechender Qualitäten in der gesamten Metropolregion. Mit der Forschung in den Bereichen frühkindlicher Spracherwerb insbesondere bei Migrantenkindern durch die Universität Mannheim und im Bereich der Entwicklung, des Verlaufs und der frühen Interventionen bei psychischen Störungen im frühen Kindesalter am Zentralinstitut für Seelische Gesundheit haben wir in Mannheim weit über unsere Region bekannte Institutionen. Diese Ressourcen nutzen wir aber direkt vor Ort noch immer ungenügend.

Es ist nunmehr genau vierzig Jahre her, dass im Jahre 1970 die Fusion der wissenschaftlichen Universalbibliothek der Stadt Mannheim mit der Universitätsbibliothek Mannheim beschlossen und begonnen wurde. Wir nehmen dieses Jubiläum zum Anlass, eine engere Kooperation von Universität und Stadt, nicht nur, aber gerade auch im Bibliotheksbereich anzuregen. Weniger, um damit mögliche Synergie- und Einsparpotentiale auszuloten. Vielmehr, um die unserer Meinung nach notwendige weitere Öffnung des Mannheimer Schlosses für die gesamte Mannheimer Bevölkerung und die Verbundenheit der Mannheimerinnen und Mannheimer mit ihrer Schlosshochschule voranzutreiben. Dazu bietet die gerade erfolgte Berufung eines auch mit dem universitären Bibliothekswesen bestens vertrauten Leiters der Stadtbibliotheken eine sehr gute Voraussetzung.



Natur, Umwelt, Klima und Verkehr

Klima schützen – Energie sparen

Klimaschutz ist ein Thema von existenzieller Bedeutung, das uns nicht nur heute, sondern auch die folgenden Generationen beschäftigen wird. Uns allen macht in Mannheim das deutlich veränderte, schwülere Klima und die mit Schadstoffen belastete Luft das Atmen schwer. Und in Zukunft werden Kinder, alte und geschwächte Menschen noch mehr Probleme bekommen, dann nämlich, wenn unser neues Kohlekraftwerk endlich seine enorme Schadstofffracht in die Mann-

heimer Luft entlassen darf. Gegen unseren Willen hat der Gemeinderat den Weg für ein solches nicht mehr zeitgemäße Kohlekraftwerk frei gemacht. Aufgabe der Verwaltung und aller Volksvertreterinnen und Volksvertreter hier im Raum wäre gewesen, sich mit allen Mitteln für eine Entlastung der Bevölkerung einzusetzen, durch saubere Formen der Energiegewinnung und durch kluge Maßnahmen zur Energieeinsparung. Klimaschutz und eine Zustimmung zu einem klimazerstörenden Kohlekraftwerk: Das ist ein nicht auflösbarer Widerspruch.

Natürlich werden wir weiter dafür kämpfen, dass der Ausstieg aus der Kohleverbrennung auch in Mannheim vollzogen wird. Bei aller Kritik und Sorge um die Auswirkungen des neuen Kohleblocks in Neckarau setzen wir uns auf allen Politikfeldern weiter für einen konsequenten Klimaschutz in Mannheim und der Metropolregion ein. Das Mannheimer Klimaschutzkonzept enthält eine Fülle sinnvoller Vorschläge, die sich durch die eingesparten Energiekosten bereits innerhalb weniger Jahre rechnen. Gleichzeitig muss die Stadt auch an anderer Stelle Verantwortung übernehmen und bei der Klimaschutzagentur ein Energiekonzept für Mannheim bestellen mit dem Ziel, die (Energie-) Vorranggebiete zu ändern und eine kleinräumige Energieversorgung mit Vorranggebieten für regenerative Energien zu schaffen.

Städtische Förderprogramme zur Energieeinsparung ergänzen

Schon seit vielen Jahren fordern wir, alle städtische Gebäude – nicht nur Kindertagesstätten und Schulen – energetisch zu sanieren. Neben dem Nutzen für das Klima können wir damit auch viel Energie und Geld sparen. Es reicht aber nicht, dass die Stadt hier als Vorbild voran geht. Neben der Fortführung der schon bestehenden städtischen Förderprogramme erscheint uns hier deshalb ein Förderprogramm zur Modernisierung von Wärmepumpen sinnvoll, durch das sich mit geringem Aufwand viel Energie und Geld sparen lässt.

Klimaschutz auch im gewerblichen Bereich

Klimaschutz ist jedoch mehr als die Summe sinnvoller Einzelmaßnahmen. Klimaschutz muss immer auch als Querschnittsthema verstanden werden. Daher geht es hier auch um eine umweltfreundliche Verkehrspolitik, die auf Fahrrad, ÖPNV und Zu-Fuß-Gehen setzt, um die Förderung kurzer Wege durch Vernetzung und Unterstützung lokaler und regionaler mittelständischer Betriebe voranzutreiben. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Einrichtung der Mannheimer Energie- und Klimaschutzagentur, die Klimaschutzaktivitäten durch Beratung und Vernetzung auch im gewerblichen Bereich unterstützen soll.

Die Stadt braucht mehr Raum zum Atmen!

Urbane Lebensqualität und Verkehr schließen sich nicht gegenseitig aus. Mehr Fuß- und Radverkehr bedeutet Mobilität ohne Kohlendioxid, ohne Feinstaub, weniger Lärm, weniger Flächenverbrauch, höhere Lebensqualität durch bessere Gesundheit und zu guter Letzt deutlich geringere Kosten. Die Stadt gibt im Verkehrswegebau je Pkw-Kilometer 2,13 Cent aus. Für den Fahrrad-Kilometer nur ein Zehntel nämlich 0,21 Cent. Ein Kilometer Straßenbau kostet uns mehrere Millionen, ein Kilometer markierter Radfahrstreifen 10.000 Euro. Mehr Ausgaben für den Rad- und Fußverkehr zahlen sich also unmittelbar aus. Umweltfreundliche Mobilität schont gleichzeitig die Stadtkasse. Die Lösung kann aber nicht darin liegen, mangels Investitionen den Radverkehr auf die Gehsteige zu verdrängen. Es braucht deutlich mehr Mut zum nachhaltigen Umbau der Mobilität. Einiges ist auf den Weg gebracht: Mit dem BYPAD-Verfahren wurden die wissenschaftlichen Grundlagen gelegt. Erstmals wird es am 10. April 2010 in der Innenstadt einen Radsalon geben. Wir wollen, dass jedes Jahr in Zusammenarbeit mit der City-Werbegemeinschaft ein Radsalon als Alternative zum Autosalon etabliert wird. Und mit mehr Radabstellplätzen sollen alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zum Umsteigen motiviert werden. Wir wollen aber auch mit kreativen und kostensparenden Vorhaben wie z.B. Spurensperren für Rad- und Öffentlichen Nahverkehr, autofreien Wochenenden und autofreien Strecken, „Straßen für Alle“, Fahrrad- und Spielstraßen und mehr Fußgängerzonen das Ziel einer fußgänger- und fahrradfreundlichen Stadt weiter verfolgen.

Der Umbau der Verkehrsverhältnisse bedeutet aber auch der Blechlawine Einhalt zu gebieten. Insbesondere den City-Besucherinnen und Besuchern muss eine Alternative geboten werden. Die Stauschlange macht niemandem Freude und versprüht nur Gift. Der Ausbau des Straßenbahnnetzes mit der Stadtbahn Nord und des S-Bahnnetzes mit zusätzlichen S-Bahn-Halten auf der Blumenau schaffen die Grundlagen, einfacher und schneller in die Innenstadt zu kommen. Parkmöglichkeiten außerhalb der Stadt und zumindest gelegentliche kostenfreie ÖPNV-Zubringer an Samstagen werden die City attraktiver machen und den Verkehrskollaps verhindern. Auf dem Weg in eine lebensfreundlichere Stadt befürworten wir eine Citymaut. 2010 und 2011 sollen dafür die Vor- und Nachteile systematisch erarbeitet und diskutiert werden.

Bei den Großprojekten unterstützen wir weiterhin die Pläne, Innenstadt und Neckarstadt durch die so genannte Westumfahrung zu entlasten. Auch wenn die Pläne aus Finanzgründen vorübergehend zurückgestellt werden mussten, werden wir das Vorhaben in den kommenden Jahren nicht aus den Augen verlieren. Auf massive Ablehnung unsererseits stoßen die alle Jahre wieder ausgegrabenen Pläne einer Brücke oder eines Tunnels bei Altrip. Die Realisier- und Finanzierbarkeit eines solchen Projekts nimmt mit zunehmender Gutachtenzahl nicht zu. Die Gefahren für Natur und Umwelt sowohl auf Rheinland-Pfälzischer als auch auf Mannheimer Seite – hier sei nur die Aufeldquerung genannt – lassen sich auch mit noch so vielen Stellungnahmen nicht wegdiskutieren.

Die Zukunft des Stadtverkehrs muss entsprechend dem Zitat des lateinamerikanischen Volkswirtschaftlers Enrique Peñalós gestaltet werden: „Ob eine Stadt zivilisiert ist, hängt nicht von der Zahl ihrer Schnellstraßen ab, sondern davon, ob ein Kind auf dem Dreirad unbeschwert überall hinkommt“

Stadtplanung neu denken

Glücklicherweise werden bei der Stadtplanung und Stadtgestaltung alte Denkmuster nach und nach überwunden: weg von monofunktionalen Strukturen, hin zu einer bunten Mischung aus Wohnen, verträglichem Gewerbe, integrierten Kultur- und Vergnügungsstätten.

Mit großem Interesse verfolgen und unterstützen wir neue Konzepte wie das bundesweit beachtete Entwicklungskonzept Innenstadt oder blau_Mannheim_blaue, die neue Wege gehen und auch in Zukunft weiter verfolgt und umgesetzt werden müssen. Der Wunsch nach einem Häuschen im Grünen hat sich abgeschwächt. Der Trend geht zurück in die Stadt! Diese Entwicklung muss genutzt und gestaltet werden. Flächenfraß für neue Baugebiete auf der grünen Wiese muss daher für die Stadt-

planung in Zukunft tabu sein. Wir setzen – wie schon seit Langem – auf Innenentwicklung, Baulückenerschließung und Flächenrecycling.

Neue Formen des Zusammenlebens entwickeln

Mannheim muss attraktiver für Familien werden. Jeder und jede Einzelne, jede Familie hat ihren eigenen Lebensentwurf. Daher muss sich die Flexibilität von Stadtplanung erhöhen. Die verschiedenen Akteure müssen an einen Tisch, um den Wohnort Mannheim noch attraktiver zu machen.

Förderkonzepte zum Erwerb von Wohnungseigentum insbesondere für Familien mit Kindern, freie Räume und Plätze die von allen Altersgruppen genutzt werden können, eine verbindliche Spielteilplanung, Entwicklungskonzepte nicht nur in der Innenstadt lassen uns Stadtplanung im Sinne von Menschen allen Alters und jeden Geschlechts, unabhängig vom Einkommen und der Herkunft neu denken. Neue Formen des Zusammenlebens wie Baugemeinschaften, egal ob ökologisch oder „nur“ zum gemeinsamen Bauen und individuell Wohnen, Mehrgenerationenwohnen, MaJuna, Baugenossenschaften und andere – alternative Wohnprojekte gibt es in Mannheim genug. Lassen Sie uns endlich die Voraussetzungen schaffen, dass Mannheim sie nicht nur akzeptiert, sondern alles unternimmt, um sie zu fördern.

Konversionsflächen gegen die Stadt aus Stein

Wir brauchen aber nicht nur die steinerne Stadt, eine lebendige Stadt braucht auch Natur. Mannheim hat hier sehr gute Voraussetzungen: Ein Masterplan Konversionsflächen würde es uns ermöglichen, Naherholungsflächen in vernetzten Grünzonen von Ost nach West und von Norden nach Süden zu schaffen! Das wäre gut fürs Stadtbild und fürs Stadtklima!

Den Abzug der Amerikaner dürfen wir deshalb nicht als kurzfristige wirtschaftliche Gefahr, sondern müssen ihn als Chance für eine nachhaltige Stadtentwicklung begreifen. Ein Masterplan für die in den nächsten Jahrzehnten frei werdenden Militärflächen schafft mit frühzeitiger und umfassender Bürgerbeteiligung Akzeptanz und fördert die Nachhaltigkeit eines solchen Flächennutzungskonzepts. Auch aus diesem Grund lehnen wir die geplanten Kürzungen im Bereich der Stadtplanung strikt ab.

Durch die Bewahrung der Umwelt die Menschen schützen

Wir müssen endlich unsere natürlichen Lebensgrundlagen wieder mehr schützen. Leider kommt dieser Schutz bei städtischen (Bau-) Vorhaben immer wieder zu kurz. Eine der Hauptursachen für die Zerstörung von Natur ist der anhaltend hohe Flächenverbrauch, der nicht nur in der Stadt Mannheim, sondern auch im ganzen Land – trotz anders lautender Aussagen bei der letzten baden-württembergischen Regierungserklärung – zu beobachten ist.

Stadtklimatische Gesichtspunkte müssen deshalb bei allen Vorhaben stärker als bisher Beachtung finden. Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebiete sind von einer Bebauung unbedingt freizuhalten. Denn die hoch belastete Mannheimer Luft hat uns in den letzten Jahren viel beschäftigt. Trotz der geplanten Maßnahmen im Luftreinhalteplan konnten die festgelegten Grenzwerte nicht eingehalten werden. Das geplante Kohlekraftwerk wird die Luftbelastung noch weiter erhöhen. Zusätzliche Messstationen im Stadtgebiet könnten der Bevölkerung zumindest genaue Informationen über die Höhe der Belastung liefern. Der Luftreinhalteplan muss endlich konsequent umgesetzt werden.

Sorgen macht uns außerdem die Lärmbelastung der Mannheimer Bevölkerung. Augen kann man schließen, Ohren nicht. In bundesweiten Umfragen geben 70 % der Befragten an, sich durch Lärm beeinträchtigt zu fühlen. In Mannheim dürften es kaum weniger sein. Und Lärm macht nachweislich krank! Der Lärmaktionsplan der Stadtverwaltung enthält die notwendigen Maßnahmen vor allem entlang der großen Verkehrswege. Vor dem Hintergrund einer großzügigen Förderung durch Bund

und Land würden wir uns wünschen, zumindest die für Planung und Komplementärfinanzierung der dringendsten Maßnahmen notwendigen Mittel in den Doppelhaushalt einzustellen. Neben vielen hausgemachten Problemen gibt es aber auch positive Entwicklungen in der Stadt: Die umwelpädagogischen Angebote im Umweltzentrum und im Waldklassenzimmer sollten nach unseren Vorstellungen weiter ausgebaut werden.

Flugplätze endlich schließen

Fluglärm belastet – bedingt durch wechselnde Anflugschneisen und Platzrunden der Fluggesellschaft und der Flugschulen – nicht nur die Menschen in der direkten Umgebung von Flugplätzen, sondern in einem größeren Stadtgebiet. Eine Verlegung des Verkehrslandeplatzes Neuostheim in den Mannheimer Norden oder auf die grüne Wiese löst folglich keine Probleme. Nicht nur in Neuostheim, Feudenheim, Seckenheim, Lindenhof und Neckarau sind Bürgerinnen und Bürger betroffen, auch in Sandhofen, Scharhof, Blumenau oder Schönaulieben Menschen direkt am Flugplatz oder in seiner Nähe und leiden schon seit langem unter Fluglärm.

Wir setzen uns deshalb für die möglichst schnelle Stilllegung sowohl des Verkehrslandeplatzes in Neuostheim als auch des Coleman Airfield auf dem Scharhof ein.

Begonnene Stadtentwicklungsprojekte abschließen

Wir dürfen aber nicht immer nur neue Projekte beginnen, sondern müssen alte auch abschließen. Besonders möchte ich hier den Umbau der Kurpfalzachse nennen. Vor allem im nördlichen Teil ist die Maßnahme noch nicht abgeschlossen.

Auf der Neckarstadtseite ist die Zukunft der südlichen Platzhälfte des Alten Messplatzes zu unserem großen Bedauern noch immer offen. Sie muss endlich zurückgekauft und die Umgestaltung unter Erhalt des alten Baumbestands beim „Alten Bahnhof“ in Angriff genommen werden.

Ebenso ist auf der Seite der Innenstadt noch immer kein Zugang zum Neckar geschaffen worden. Die als Voraussetzung genannte Fertigstellung der Abendakademie ist abgeschlossen, nun muss auch hier den Ergebnissen des Entwicklungskonzepts Innenstadt Rechnung getragen und die Quadrate an den Neckar gebracht werden.

Humanitäre Werte verpflichten zu Tierschutz

Eine Gesellschaft, die sich humanitären Werten verpflichtet fühlt, muss auch Tieren gegenüber Verantwortung zeigen. Auf kommunaler Ebene lässt sich eine Menge für den Tierschutz tun. Das Engagement, das die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Mannheimer Tierheim oder seit kurzem in der Tiertafel zeigen ist vorbildlich, und das alles ohne finanzielle Unterstützung durch die Stadt. Wir wollen nun dafür sorgen, dass Tierschutz einen größeren kommunalpolitischen Stellenwert erreicht.

Ob Verbesserungen und Überprüfungen bei der artgerechten Haltung von Tieren, das Streben nach Abschaffung des Ponyreitens auf Messen und Märkten oder ein Verbot von Wildtieren in Zirkussen oder mobilen Tiershows: wir werden den Tierschutz in Mannheim weiter vorantreiben!

Auch beim Konsum von Fleisch, insbesondere aus konventioneller Massentierhaltung, sollten Aspekte des Tierschutzes betrachtet und berücksichtigt werden. Deshalb essen viele Menschen heute aus ethischen oder auch aus gesundheitlichen Erwägungen heraus wenig oder gar kein Fleisch mehr. Eine Kommune, die sich dem Tierschutz verpflichtet fühlt, unterstützt dieses Verhalten aktiv – möglich wäre z.B. ein fleischfreier Tag in Mensen und Kantinen.



KINDER, JUGENDLICHE UND FAMILIEN SIND UNSERE ZUKUNFT

Einkommensorientierung in Kindertagesstätten, Krippen und Horten

Unser Ziel ist und bleibt der kostenlose Besuch von Krippe und Kindergarten. Leider zeigt sich das Land Baden-Württemberg hier überhaupt nicht kinder- und familienfreundlich, anders als zum Beispiel das Land Rheinland-Pfalz. Wir sind der Auffassung, dass der Anteil des Landes an den Betreuungskosten erhöht werden muss. Auf Kosten der Eltern und Kinder darf nicht gespart werden.

Mannheim gehört zu den Kommunen in Baden-Württemberg mit den niedrigsten Betreuungsgebühren in Kindertagesstätten. Gleichzeitig wachsen – zu Recht – die Anforderungen, sowohl vom Gesetzgeber als auch von den Familien nach einem Ausbau der Betreuungseinrichtungen. Mannheim steht deshalb wie so viele andere Städte vor dem Dilemma, ausgerechnet in finanziell sehr schwierigen Zeiten viele Millionen in den Krippenausbau stecken zu müssen. Eine – angemessene – Beteiligung der Eltern erscheint uns daher vertretbar.

Dabei dürfen wir jedoch die Familien mit kleinen und mittleren Einkommen nicht zu stark belasten und schlagen deshalb vor, eine Einkommensorientierung bei den Kitagebühren einzuführen, die sich an der Pfändungstabelle orientiert. In diesem Zusammenhang gilt es auch, über die Zukunft des Betreuungsgutscheins nachzudenken. Auch hier ist eine Einkommensorientierung denkbar.

Ein neuer Familienpass für mehr Teilhabegerechtigkeit

Viele Jahre haben wir gefordert, den Familienpass endlich sozialer zu gestalten und Elemente des alten Sozialpasses mit aufzunehmen. Wichtig war uns, Kinder aus einkommensschwachen Familien besser zu stellen und mehr Teilhabegerechtigkeit zu schaffen, denn: jedes fünfte Kind und jeder vierte Jugendliche in Mannheim ist arm! Dazu werden wir einen detaillierten Antrag vorlegen, der ab Mai dieses Jahres

- allen Kindern aus einkommensschwachen Familien die Nutzung des ÖPNV zum Preis des Hartz IV Regelsatz für Beförderung ermöglicht,
- den kostenlosen Besuch der Freibäder in den Pfingst- und Sommerferien für Kinder beinhaltet,
- die freie Nutzung der Stadtbücherei erlaubt sowie
- Gutscheine für Kurse der Abendakademie und zum Besuch der Kunsthalle, der Reiß-Engelhorn-Museen und des Landesmuseums für Technik und Arbeit enthält.

In den Jahren 2011 bis 2013 sollen Erweiterungen eingeplant werden.

Qualität für alle: in Krippe, Kindergarten oder Hort

Die vom Landesjugendamt vorgesehenen Qualitätsstandards für Horte sehen Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Einrichtungen vor. Es ist niemandem zu vermitteln, warum Kinder, die einen Hort an einer Schule besuchen, nicht in den Genuss der gleichen Standards wie andere Hortkinder

kommen sollen. Die Stadt muss daher über die vorgegebenen Qualitätsstandards für Horte an Schulen hinausgehen, um einer Ungleichbehandlung der Kinder entgegen zu wirken, auch wenn das Landesjugendamt diese Unterschiede zulässt. Solange diese Ungleichbehandlung anhält, werden wir uns dagegen wehren, dass alle Eltern die gleichen Hortgebühren zahlen sollen, auch wenn sie höchst unterschiedliche Leistungen erhalten.

Ein Runder Tisch gegen Beratungs- und Zuständigkeitsnomadismus

Die Einrichtung einer kinder- und jugendpsychiatrischen Gutachtenstelle zur „Abwehr“ von Erziehungshilfeleistungsansprüchen wird nach unserer Auffassung nicht die erwarteten Einsparungen erbringen. Eine solche „Abwehrstrategie“, wie sie bereits im Rhein-Neckar- und im Rhein-Pfalz-Kreis praktiziert wird, birgt die Gefahr für Verdruss bei den meisten Beteiligten zu sorgen und nicht für ökonomischen oder qualitativen Mehrwert. Damit wird sie dem Problem der steigenden Erziehungshilfekosten und der dahinter stehenden zunehmenden Problemlagen nicht gerecht. Wir regen hier vielmehr analog zum erfolgreichen Modell des „Runden Tisches Legasthenie“, welcher sowohl qualitativ als auch in Bezug auf die Kosten bemerkenswerte Effekte erzielt hat, ein gleichartiges Verfahren unter Beteiligung aller wichtigen Akteure im Bereich der Jugend- und Erziehungshilfe an. Dies könnte auch den immer (warte)zeitintensiven Beratungs- und Zuständigkeitsnomadismus mit zumeist weiteren und zuweilen gravierend negativen Folgen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen sowie ihre Familien und die Pädagoginnen und Pädagogen reduzieren helfen.

Modellprojekt Waldhof-Ost – Frühförderung interdisziplinär

Bei 20% der Kinder in Waldhof-Ost ist die Schulfähigkeit nicht gegeben. Entwicklungsrückstände und Lücken im Bereich der grundlegenden Fähigkeiten werden hier diagnostiziert. Helfen kann hier die niederschwellige und familiennah organisierte Interdisziplinäre Frühförderung, die Kinder mit Behinderungen, mit drohenden Behinderungen oder mit Entwicklungsrisiken von der Geburt bis zum Schuleintritt fördert und begleitet. Wir werden der Verwaltung einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Der Soziale Dienst braucht unsere Hilfe

Gutachten zeigen, dass die Personalmindestausstattung in der Bezirkssozialarbeit des Sozialen Dienstes für die präventive Arbeit nicht erreicht wird. Daraus ergibt sich, dass präventive Sozialraumarbeit wie z.B. die flächendeckende Vernetzung und Beratung der Schulen im Hinblick auf Fragen des SGB VIII „Kinder und Jugendhilfe“ und von Kindertagesstätten im Hinblick auf Kindeswohlgefährdung, die Entwicklung präventiver, niedrigschwelliger und sozialraumorientierter Angebote mit den Akteuren der Jugendhilfe nicht gewährleistet ist. Aufgaben außerhalb des SGB VIII im Zusammenhang mit dem Außendienst für bedürftige Erwachsene und Ältere müssen deshalb endlich vom Sozialamt übernommen werden. Die dabei freiwerdende Stelle kann dann zumindest einen Teil der präventiven Sozialraumarbeit übernehmen. Weiterhin gibt es eine Fülle von Empfehlungen die ihrer Umsetzung dringend bedürfen.

Medienkompetenz zwischen Prävention und Begrenzung

Kinder und Jugendliche wachsen ganz selbstverständlich mit den „neuen Medien“ auf. Das Internet ist die alltägliche Kommunikationsplattform für Kinder und Jugendliche. Oft haben Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen nicht das nötige Fachwissen um Kinder und Jugendliche im Netz zu begleiten. Daher muss der präventive Bereich im Umgang mit den „neuen Medien“ verstärkt und ausgebaut werden. Wir unterstützen deshalb die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft „Medienkompetenz“ und die Bereitstellung finanzieller Mittel für entsprechende Aktivitäten.

Gegen Kürzungen in der offenen Jugendarbeit

Die professionelle Jugendarbeit in Mannheim ist gefährdet. Die Hälfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über Jahre in den Jugendhäusern eine anerkannt gute Arbeit geleistet haben, soll aus den Häusern abgezogen werden. Die Stelle für Mädcheninteressen soll sang- und klanglos wegfallen, die Spielotheken – weit über Mannheim hinaus bekannt – sollen geschlossen werden, das Angebot der Puppenbühne gekürzt, das Angebot von Steig Ein eingeschränkt werden – das ist die Zukunft der Jugendarbeit in Mannheim wie die Verwaltungsspitze sie sieht.

Jugendförderung bedeutet für uns: Unterstützung bei der Entfaltung sozialer Kompetenz, der Persönlichkeitsentwicklung, der Herausbildung der eigenen Identität, besonders auch bei benachteiligten Jugendlichen. Hier steht nicht das Lehren im 45-Minuten-Takt wie an der Schule im Vordergrund sondern Anerkennung, Selbstentfaltung, Selbstbestimmung, Stärkung der eigenen Persönlichkeit und dies alles frei von irgendwelchen Zwängen.

Es gibt keine fachlichen Gründe, die für diese konzeptlosen Kürzungen bei der Jugendarbeit sprechen, sondern ausschließlich haushaltärische. Um Ganztagschulen zu finanzieren bzw. zu füllen dürfen aber nicht die Ressourcen der Jugendarbeit aufgebraucht werden. Wir werden uns deshalb mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die geplanten Kürzungen zur Wehr setzen.

Jugendtreffs in Wallstadt und der Schwetzingenstadt

„Ein Jugendtreff in jedem Stadtteil“, so lautete schon vor Jahren unsere Forderung und daran möchten wir auch festhalten. Die Verwirklichung des Jugendtreffs Wallstadt steht für uns somit sowohl personell als auch baulich außer Frage, hat die Fachverwaltung doch noch vor wenigen Monaten den besonderen Bedarf hervorgehoben – einen Bebauungsplan für den vorgeschlagenen Standort wird es mit uns erst dann geben, wenn alle Fragen geklärt sind.

Als nächster und letzter Stadtteil braucht die Schwetzingenstadt noch einen Jugendtreff. Sie ist der letzte Mannheimer Stadtteil ohne eine Einrichtung der offenen Jugendarbeit. Hier bietet sich die Amerikanerstraße als Standort an, ist doch fraglich ob es gelingt, nach der Schließung der Sickinger-Schule in der Pestalozzi-Schule noch neue Räumlichkeiten für einen Jugendtreff zu finden.

Jugendtreffs freier Träger endlich nicht mehr benachteiligen

Der Gemeinderat hat sich aus fachlichen Gründen immer dafür ausgesprochen, Jugendtreffs generell mit 1,5 Personalstellen auszustatten. Die schon bestehenden Jugendtreffs freier Träger wurden jedoch faktisch immer schlechter gestellt. Ihre Personalausstattung war immer geringer, auch wenn allgemein unbestritten ist, dass sie eine anerkannte und gute Jugendarbeit teilweise weit über ihren Stadtteil hinaus leisten. Es erscheint uns deshalb dringend notwendig, die vier betroffenen Jugendtreffs endlich mit jeweils einer halben zusätzlichen Personalstelle auszustatten.

Spiel- und Freiräume schützen – Spielplätze sanieren

Eine „kinderfreundliche Stadt“ muss sich auch an den Räumen, die sie Kindern und Jugendlichen zugeht, messen lassen. Trotzdem werden die Freiräume immer weiter eingeschränkt. Und selbst wenn, wie bei dem Gelände der Sickinger-Schule in der östlichen Unterstadt, fachliche Untersuchungen der Umwidmung von Freiräumen entgegenstehen, glauben die Verantwortlichen in der Verwaltungsspitze den Familien noch immer Gutes zu tun, wenn sie Freiflächen bebauen und Frei- und Spielraum zerstören. Dabei achten Eltern im Gegenteil darauf, ob wohnungsnah Spiel- und Freiräume vorhanden sind.

Bei den Kinderspiel- und Kickplätzen haben wir noch immer einen hohen Sanierungsbedarf von rund 5 Millionen Euro. Trotzdem soll ausgerechnet dort weiter gekürzt werden. Leider gibt es in Baden-Württemberg kein Spielplatzgesetz mehr, so dass es den Kommunen überlassen bleibt wie und wo sie Räume für Kinder zur Verfügung stellen. Wir setzen deshalb darauf, dass es in Mannheim eine gute Spielleitplanung geben wird, die verbindlich festlegt, wo es Plätze für Kinder und Jugendliche geben muss.

Unsere Unterstützung finden Pläne, auch im Mannheimer Norden einen Skateplatz einzurichten. Gemeinsam mit Kinder und Jugendlichen sowie Akteuren aus den nördlichen Stadtteilen wird gegenwärtig ein Gelände gesucht und Pläne für seine Gestaltung erarbeitet. Aus der Bürgerschaft kommt viel, auch finanzielle, Unterstützung. Die Verwaltung ist hier gefordert, die notwendigen Restmittel bereit zu stellen, wenn das Projekt Umsetzungsreife erlangt.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche sind Expertinnen und Experten in eigener Sache, auf deren Stimme wir nicht verzichten sollten. Als mündige Bürgerinnen und Bürger sollten sie Einfluss auf die Kommunalpolitik haben und aktiv in politischen Gremien mitarbeiten können. Ihre Fähigkeit haben sie im vergangenen Jahr bewiesen und zusammen mit Fachleuten ein neues Modell zur Kinder- und Jugendbeteiligung entworfen. Es gilt nun, dieses Modell schrittweise umzusetzen, um Partizipation möglich zu machen. Die dafür notwendigen Mittel müssen bereitgestellt werden.



GERECHTE TEILHABE – SOLIDARISCHES HANDELN

Präventiv gegen Gewalt – Frauenhäuser schützen

30 Jahre nachdem eines der ersten Frauenhäuser Deutschlands in Mannheim eingerichtet wurde, sind diese Einrichtungen in Mannheim wieder durch massive Kürzungen gefährdet. 30 Jahre Frauenhäuser und zahlreiche Unterstützungseinrichtungen für Frauen und Mädchen konnte das Ausmaß der Gewalt nicht reduzieren. Laut repräsentativen Untersuchungen ist jede vierte Frau in Deutschland von häuslicher Gewalt betroffen. Die Notwendigkeit, misshandelten und bedrohten Frauen und ihren Kindern Zufluchtsmöglichkeiten zu bieten, ist heute in der Öffentlichkeit unumstritten.

Richtig wäre, die präventiven Maßnahmen zu erhöhen und so von vornherein die Zahl der Frauen zu reduzieren, die vor ihren Misshandlern aus ihren Wohnungen flüchten müssen. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, sehen wir keine Möglichkeit, die Zahl der Frauenhausplätze zu reduzieren. Wir werden deshalb den Erhalt der Mannheimer Frauenhäuser in ihrer jetzigen Größe sicherstellen. Einer Einführung von Tagessätzen sowie einer Überprüfung von Einsparmöglichkeiten – gemeinsam mit den Einrichtungen – werden wir uns dagegen nicht verschließen. Insbesondere bei der Finanzierung der Anschlussunterbringung erwarten wir ein verstärktes Engagement der Region.

Die 68er stürmen die Seniorentreffs

Für uns beschränkt sich die Frage nach der Förderung der Seniorinnen und Senioren nicht auf die Frage, wie Seniorentreffs attraktiver gemacht werden können. Spätestens die 68er Generation wird auch im Alter weiter und vor allem anders als bisher mitwirken wollen. Sie sind eine Generation mit den Erfahrungen kollektiver Lebensformen, Selbstorganisation und Mitbestimmung. Dies muss gefördert werden. Seniorenangebote sollten stärker in die Stadtteilarbeit, in das Quartiermanagement, in die Gemeinwesenarbeit eingebunden sein. „Seniorenbegegnungsstätten“ könnten sich stärker vernetzen und mehr Austausch pflegen. Gruppen die bisher noch unterrepräsentiert sind wie z.B. Migrantinnen und Migranten sollten stärker eingebunden werden. Aus Gendersicht sind auch besondere Angebote für Männer zu befürworten, damit die „Männerquote“ in Seniorenbegegnungsstätten steigen kann.

Inklusion – Die Unterschiedlichkeit wird Teil der Normalität

Im Oktober 2009 unterschrieb die Stadt nach einem einstimmigen Beschluss des Gemeinderats die Erklärung von Barcelona. Dieses Jahr wird in Mannheim ein Behindertenkongress zum Thema „Behindertenfreundliches Mannheim“ durchgeführt.

Dies alles sind Bausteine auf dem Weg zu mehr Inklusion. Trotzdem ist es auch in Zukunft notwendig, dass wir uns für eine barrierefreie Stadtplanung, barrierefreien Wohnungsbau, sowie eine integrative Frühförderung in Krippen und Kindertageseinrichtungen einsetzen, um nur ein paar wenige Punkte zu nennen. Im Frühförderbereich darf es dabei aber nicht bei einer integrativen Krippe bleiben, auch der Schulkindergarten der Lebenshilfe darf nicht länger auf seinen Neubau warten müssen.

Schuldnerberatung für alle

Schulden sind für viele Menschen zum zentralen Problem ihrer Existenz geworden. Schuldnerberatung nimmt demnach eine sehr wichtige soziale Aufgabe wahr. Oft müssen die Existenz sichernden Maßnahmen eingeleitet werden. Wohnung, Energie, Arbeitsplatz sind gefährdet. Schuldnerberatung kann als laufender Prozess nicht einfach halbiert oder abgekürzt werden. Menschen kommen erst dann zur Schuldnerberatung, wenn sie keinen anderen Ausweg mehr wissen. Die Hürde ist für die meisten schon heute sehr hoch. Sie zu selektieren und anschließend fortzuschicken – wie es die Pläne der Verwaltung vorsehen – um an Erstgespräche oder Kurzberatungen zu sparen, ist unverantwortlich und wird von uns abgelehnt.

ARGE und Job-Center: getrennt für mehr Bürokratie

Die ARGE Mannheim soll, wie alle anderen ARGEen, aufgelöst werden. Die schwarz-gelbe Koalition will zur „getrennten Aufgabenwahrnehmung“ zurückkehren. Dabei hat sich, nach Anlaufschwierigkeiten, die Mannheimer ARGE etabliert. Personal wurde geschult und Klientinnen und Klienten konnte in hohem Ausmaß ein passgenaues Angebot gemacht werden. Mit dem Vorhaben der Bundesregierung werden die bürokratischen Hürden für die Empfängerinnen und Empfänger von Hartz IV erhöht, aber auch der bürokratische Aufwand in den Behörden. Niemandem ist damit geholfen, wenn künftig zwei Anträge gestellt werden müssen und verschiedene Institutionen zuständig sind. Das gut ausgebildete städtische Personal wird wieder innerhalb der Mannheimer Verwaltung versetzt werden, und die Stadt wird weniger eigene Entscheidungskompetenz haben, darunter werden die Professionalität und die Berücksichtigung von Mannheimer Besonderheiten leiden.“

Ein unzumutbarer Zustand, der gesamte Gemeinderat und die Stadtspitze müssen sich auch weiterhin in den zuständigen Gremien und im Städtetag für eine Lösung stark machen, die eine Trennung der Aufgabenbereiche verhindert.

Mannheim als Stadt mit Freizeitwert für alle

Mannheim hat mehr als nur ausreichende Ressourcen, seinen Bürgerinnen und Bürgern wertvolle Freizeitgestaltung und darunter auch vielfältige sportliche Aktivitäten zu ermöglichen. Die wichtigste dieser Ressourcen sind sicherlich die aktiven Bürgerinnen und Bürger selbst. Vor allem jene, die sich in den zahlreichen Vereinen nicht nur ihrer eigenen Freizeitgestaltung, widmen, sondern zumeist ehrenamtlich auch anderen Freizeit und sportlicher Aktivität ermöglichen. Für dieses lebendige und letztlich unbezahlbare Engagement vieler müssen wir mehr als dankbar sein, sowohl im Bereich von Freizeit und Sport als auch hinsichtlich sozialer und kultureller Belange.

Es kann deshalb auch in finanziell schwierigen Zeiten nicht einfach selbstverständlich sein, z.B. beim Betrieb der Freibäder noch weiter reichendes bürgerschaftliches Engagement zu einzufordern. Als politische Entscheidungsträger sind wir gefordert, gerade um der Motivation zum Engagement willen den Ehrenamtlichen und Verantwortlichen Planungssicherheit für die nächsten Jahre zu geben. Dies gilt für die Infrastruktur des freien Breiten- und des Vereinssports. Hier sei beispielhaft nochmals der 48er Platz auf dem Almenhof erwähnt, welcher jetzt wohl auch aufgrund des dortigen vorbildlichen bürgerschaftlichen Engagements in seinen vielfältigen Freizeitfunktionen erhalten werden kann. Es gilt ebenso für die Anstrengungen und das Sponsoring im Bereich des Spitzensports, wo wir den Sportpark Pfeifferswörth und Neckarplatt ausdrücklich erwähnen möchten.

Wir sind überzeugt: Die Menschen sind zu vielfältigem und nachhaltigem Engagement bereit, wenn sie in transparenten Entscheidungsprozessen rechtzeitig beteiligt werden und wenn ihnen offen und klar zeitliche und finanzielle Perspektiven und Alternativen eröffnet werden. Wir sind uns sicher: bei transparenten und fairen Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort werden sowohl die bei weitem noch nicht erschlossenen Ressourcen unserer Stadt an den zwei Flüssen als auch die innere Vernetzung aller

Themen, welche die Lebensqualität in unserer Stadt betreffen wie Wirtschaft und Soziale Sicherheit, Mobilität und Verkehrsströme, Sport und Freizeit, Integration und Bildungsmöglichkeiten sowie Kultur viel deutlicher werden.

Um aber gerade in wirtschaftlich schwieriger Zeit auch Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu unseren Sport- und Freizeitstätten auch angesichts der anstehenden notwendigen Kostenanpassungen in diesem Bereich zu ermöglichen, treten wir für eine Beibehaltung der bisherigen Preise für Begünstigte bei den Sport- und Freizeitstätten ein.

Kommunale Gesundheitsfürsorge – Vernetzung vor Ort initiieren

Mannheim ist reich an guten Versorgungsangeboten im Bereich der ambulanten und stationären Krankenversorgung. Ja, mit der Universitätsmedizin Mannheim verfügt Mannheim geradezu über ein Alleinstellungsmerkmal in der kommunalen Krankenhauslandschaft. Zu Recht soll einer der beiden wirtschaftlichen Strategieschwerpunkte Mannheims in der Medizintechnik aufgrund des in Deutschland einmaligen Zusammenwirkens von Universitätsmedizin und Hochschule Mannheim auf dem gemeinsamen Boden der kommunalen Trägerschaft weiterentwickelt werden. Unser öffentlicher Gesundheitsdienst macht landesweit durch vorbildliche Arbeit, allem voran im schulärztlichen Bereich der Vorsorge, der Sprachstandsdiagnostik und der Gesundheitsberichterstattung im Kinder- und Jugendbereich von sich reden. Und obwohl wir es vor diesem Hintergrund kaum glauben mögen, ist auch Mannheim von den aktuellen strukturellen, demographischen und vor allem finanziellen Schwierigkeiten unseres bundesdeutschen Gesundheitswesens betroffen und herausgefordert.

Den Ärztemangel in der Fläche werden wir als Großstadt zwar nicht so schnell zu spüren bekommen, wohl aber haben wir bereits jetzt stadtteilbezogene partielle Unterversorgungen. So sind beispielsweise bereits seit langem die Familien im Jungbusch und auf der Hochstätt trotz der jeweils relativ hohen Kinderzahlen dort darauf angewiesen, kinderärztliche und jugendmedizinische Versorgung außerhalb ihrer Stadtteile zu suchen und in Anspruch zu nehmen, was auch die präventiven Ansätze in diesen Stadtteilen erschwert. Hier wollen wir eine kommunale Initiative durch die enge Zusammenarbeit mit der Mannheimer Ärzte- und Therapeuten-schaft, der Kassenärztlichen Vereinigung und vor allem den Akteuren vor Ort anregen und aktiv konzeptionell vorantreiben.

Musikalisch-Rhythmische Früherziehung ergänzt Sprachentwicklungsförderung

Bereits seit langem treten wir konsequent für den Ausbau der Prävention und Selbsthilfe ein. In den Eltern-Kind-Zentren und in der frühkindlichen Sprachförderung sind wir in Mannheim auch ein gutes Stück weit vorangekommen. Gerade in Zeiten knapper Kassen tun wir gut daran, mit diesen Bemühungen fortzufahren. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich den weiteren Ausbau der Eltern-Kind-Zentren und regen zur nachhaltigen Ergänzung der Sprachentwicklungsförderung die Bereitstellung musikalisch-rhythmischer Früherziehung für alle Kindertageseinrichtungen analog zum Mannheimer Unterstützungssystem für Schulen an.

Selbsthilfe dauerhaft sichern

Genauso ausdrücklich erteilen wir aber allen Kürzungsabsichten im Bereich der Förderung von Selbsthilfe eine klare Absage, auch wenn wir uns schmerzhaft bewusst sind, dass die wünschenswerte Ausweitung der Förderung in diesem Bereich aktuell nur sehr schwer zu bewerkstelligen sein wird. Hier leiden wir konkret vor Ort unter der Unfähigkeit der Gesundheitspolitik mit einem Präventionsgesetz die notwendige Finanzierung der Selbsthilfe und ihrer qualifizierten Koordination dauerhaft zu sichern. Dieser Mangel darf uns aber nicht dazu verleiten, die bestehenden und zweifelsohne notwendigen Bemühungen in Frage zu stellen. Beispielhaft seien im Rahmen der Suchtprävention das Projekt „Hart am Limit“ und im Rahmen der Koordination von zumeist ehrenamtlicher Selbsthilfearbeit der Gesundheitstreffpunkt genannt.



WIRTSCHAFT UND BÜRGERSCHAFT GEMEINSAM IN DER VERANTWORTUNG

Eine wirtschaftspolitische Strategie für eine attraktive Stadt

Eine Stadt braucht eine funktionierende Wirtschaft. Und beide, sowohl die Stadt als auch die Wirtschaft müssen ihren Beitrag dazu leisten, dass diese Stadt auch in Zukunft attraktiv für ihre Bewohnerinnen und Bewohner bleibt. Obwohl es dringend erforderlich ist, bei den Gewerbesteuer-Einnahmen wieder auf das Niveau früherer Zeiten zu gelangen, halten wir in Krisenzeiten eine

Gewerbesteuererhöhung wirtschaftspolitisch für problematisch. Es muss sich in den kommenden zwei Jahren zeigen, ob trotz eines niedrigeren Hebesatzes bei anziehender Konjunktur die anzustrebenden Einnahmen erzielt werden können. Mit der neuen wirtschaftspolitischen Strategie leistet die Stadt ihren Beitrag, um Arbeitsplätze zu sichern und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze eine Perspektive zu bieten. Die Art und Weise, wie diese neue wirtschaftspolitische Strategie erarbeitet wurde, sehen wir dagegen durchaus kritisch. Die Konzentration auf zwei Schwerpunkt-Cluster wurde verwässert, so dass nun eigentlich wieder vier Cluster im Fokus stehen. Wir wollen den Erfolg der neuen wirtschaftspolitischen Strategie – aber nicht um jeden Preis. Sowohl bei den Sachausgaben als auch bei den Personalkosten muss noch einmal nachjustiert werden. Die Anstrengungen der Wirtschaftsförderung sollten sich zukünftig streng an die Vorgaben der neuen wirtschaftspolitischen Strategie halten – auch aus diesem Grund gilt unsere Aufmerksamkeit der inhaltlichen Ausgestaltung des Beteiligungsprogramms „Kreatech“.

Schon vor der Erweiterung des Kongresszentrums Rosengarten und zuletzt in den Aufsichtsratssitzungen haben wir stets die Beteiligung der Wirtschaft an den Großprojekten der Stadt eingefordert. Die oft beschriebene „Umwegrentabilität“, die bis heute nicht in Zahlen ausgedrückt werden kann, ist dabei für uns kein Argument, um die Großprojekte der letzten Jahre (SAP-Arena, Rosengarten-Erweiterung) durch Kürzungen an anderer Stelle im Haushalt zu finanzieren. Denn uns allen ist klar, dass wirtschaftlich schwierige Zeiten auch an städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben nicht spurlos vorüber gehen und eigentlich jeder im Haushaltsplanentwurf mit Zuschusserhöhungen gerechnet hat. Wir sind davon überzeugt, dass durch eine Abgabe der Mannheimer Hotellerie die längst nötige Beteiligung derjenigen erfolgt, die von den Groß-Investitionen am meisten profitieren.

Nicht nachvollziehen und daher auch nicht unterstützen können wir die im Entwurf eingearbeiteten Zuschusserhöhungen beim Stadtmarketing. Denn während es für sämtliche Politikfelder inzwischen Zielkataloge und Leitlinien gibt, fehlt uns eine regelmäßige Strategiediskussion zur Entwicklung des Stadtmarketings. Viele Stellen bearbeiten inzwischen ähnliche Aufgaben – vom Pressepool bis hin zur zukünftigen Wirtschaftsförderung widmen sich städtische Stellen der Außendarstellung und Berichterstattung in den Medien.

Stadtentwicklung trifft Beschäftigungspolitik

Mannheim gehört zu den Städten mit den höchsten Quoten bei Schulabbrüchen und Arbeitslosigkeit in ganz Baden-Württemberg. Die Folgen sind nicht nur für die davon Betroffenen, sondern auch für

die Stadt als Ganzes mehr als problematisch. Um sozialen Spaltungen entgegenzuwirken muss die Stadtentwicklungspolitik aktiv in die Beschäftigungspolitik eingebunden werden. Die Strukturen des Quartiersmanagements eignen sich hervorragend, um den Bedarf an gemeinnützigen Projekten vor Ort festzustellen, aus denen dann zusätzliche, vollwertige Arbeitsplätze entstehen können, wodurch dem Stadtteil in mehrfacher Hinsicht geholfen wird.

Die Einrichtung so genannter Produktionsschulen in den Stadtteilen stellt eine beschäftigungspolitische und erfolgreiche Maßnahme dar. Jugendliche ohne Schulabschluss erhalten die Möglichkeit, das Berufsleben kennen zu lernen und den Schulabschluss nachzuholen. Die Jugendlichen arbeiten dabei nach dem Vorbild der Hamburger Produktionsschulen sowohl in der Produktion als auch in Medienarbeit an externen Aufträgen. Damit ist gesichert, dass nicht allein zum Selbstzweck Waren produziert werden. Der Wert der eigenen, handwerklichen Arbeit ist für die Jugendlichen so leichter erfahrbar. Mit überbetrieblichen Ausbildungsstätten kann die Stadt Mannheim Strukturen schaffen, in denen es Unternehmen, die sonst keine Ausbildungsstellen anbieten können, möglich wird, den betrieblichen Teil zusätzlicher Ausbildungsstellen auf mehrere Unternehmen zu verteilen.

Mehr Verantwortung an Bürgerinnen und Bürger zurückgeben

Eine lebendige Stadt braucht Regeln, an die sich alle halten. Ständig neue Regelungen und eine repressive Ordnungspolitik wollen wir jedoch nicht. Wir plädieren dafür, wieder ein Mehr an Verantwortung an die Bürgerinnen und Bürger zurückzugeben und setzen neben Prävention auch auf Zivilcourage und Beteiligung der Menschen. Statt beispielsweise in öffentlichen Einrichtungen für teures Geld in die elektronische Überwachung zu investieren, wird durch gemeinsame Projekte und praktische Arbeit mit Jugendlichen wesentlich bessere Bildungsarbeit geleistet. Auch muss die Politik endlich damit aufhören, so zu tun, als ließen sich alle Gefahren des Lebens durch die Ordnungskräfte beseitigen.

In erster Linie zuständig für die Sicherheit und Ordnung ist die Polizei und damit das Land. Doch genauso wie die Landesregierung bei der Bildungspolitik ihrer Verantwortung längst nicht mehr nachkommt, so lässt sie auch die Polizei oft genug buchstäblich im Regen stehen – wie das Gezerre um die Sanierung des Mannheimer Polizeipräsidiums gezeigt hat. Schlimmer noch wiegen die Personaleinsparungen bei der Polizei. Sie haben dazu geführt, dass in den vergangenen Jahren der Kommunale Ordnungsdienst in Mannheim zur Hilfspolizei ausgebaut wurde – damit hat man der Sparpolitik des Landes einen Bärendienst erwiesen. Doch statt sich beim Kommunalen Ordnungsdienst auf einige wesentliche Aufgaben zu konzentrieren, entlassen wir in Mannheim die Landesregierung immer mehr aus ihrer Verantwortung und statten den KOD auch noch mit neuen Uniformen aus, die denen der Polizei noch ähnlicher sind. Überflüssige Aufgaben wie die „Graswurzelsbewachung“ am Wasserturm bindet Personal und widerspricht dem Ziel einer toleranten Stadt. Wir möchten die Rückbesinnung auf das Notwendige und auf die Belange der Stadtteile und wollen beim KOD einen Neuzuschnitt der Aufgaben. Dies soll einhergehen mit einer schrittweisen Reduzierung des Personals um jährlich drei Stellen.



MANNHEIM BRAUCHT VIELFALT

Stadtteilorientierung, Quartiermanagement und Bezirksbeiratsbudgets

Wir begrüßen das Vorhaben der Verwaltung, die bestehenden Quartiermanagements in ihren Ergebnissen überprüfbarer zu machen. Auch die Überprüfung, wo weiterer Bedarf an Quartiermanagement besteht, findet unsere Zustimmung.

Stadtteilorientierung darf aber nicht beim Quartiermanagement oder der Gemeinwesenarbeit stehen bleiben. Auch die Verwaltung muss ihre Arbeit hin zu einer klaren und nachvollziehbaren Struktur dezentralisieren, wo dies für einen besseren Service bzw. Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern notwendig ist. Dass eine verstärkte Orientierung hin zu den Wünschen und Bedarfen

der Bürgerinnen und Bürger fast zwangsläufig eine stärkere Beteiligung der Menschen vor Ort mit sich bringt, erscheint uns offensichtlich. Wir gehen deshalb davon aus, dass das entsprechende Verwaltungsumbau-Projekt auch einen starken beteiligungsorientierten Ansatz haben wird und Akteure vor Ort wie z.B. Agenda-Gruppen mit einbezieht bzw. diese fördert.

Ein besonderes Augenmerk gilt der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung ihres Stadtteils. Mit der Gestaltung eines Kickplatzes und eines Kinderspielplatzes auf dem Scharhof, der unter Beteiligung von vielen Kindern und Jugendlichen erfolgte, hat die Verwaltung bewiesen, dass die Kompetenz zur Gestaltung entsprechender Beteiligungsprozesse vorhanden ist. Wir würden uns auch hier wünschen, dass entsprechende positive Erfahrungen in den Prozess der Stadtteilorientierung mit einfließen.

Auch das Entwicklungskonzept Innenstadt ist ein Erfolgsmodell. Unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wurden über zwei Jahre hinweg hochprofessionell und unter bundesweiter Beachtung Pläne für die Weiterentwicklung der Innenstadt erarbeitet. Die Ergebnisse dürfen nun aber nicht im Aktenschrank verschwinden, sondern müssen nach und nach auch umgesetzt werden, auch wenn sie vielleicht in der Verwaltung gehegten Plänen im Wege stehen – auch dies ist Bürgerbeteiligung.

Wir können uns außerdem sehr gut vorstellen, auch an anderer Stelle, z.B. im Mannheimer Norden, ein ähnliches Entwicklungskonzept zu starten. Wir werden im Rahmen der Etatberatungen einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Wir freuen uns sehr, dass das auf unseren Antrag hin eingeführte Bezirksbeiratsbudget sich auf Anhieb ein Erfolgsmodell erwiesen hat. Schon im zweiten Jahr haben so gut wie alle Bezirksbeiräte ihr Budget voll ausgeschöpft. Das stark entbürokratisierte Zuschussverfahren könnte an anderer Stelle sehr gut als Vorbild dienen.

Ein Beteiligungshaushalt für Mannheim

Auch weiterhin weigert sich die Verwaltungsspitze, in Mannheim auch nur die einfachsten Elemente eines Beteiligungshaushalts einzuführen. Entgegen ihrer Zusagen hat sie weder eine einfache Darstellung des letzten Haushalt an alle Bürgerinnen und Bürger verteilt noch ist sie bereit, die Mannheimerinnen und Mannheimer bei der Aufstellung des Haushalts einzubinden. Für uns sind Reden

im Rahmen einer Bürgerversammlung weder demokratisch noch Bürgerbeteiligung, besonders wenn ihr Informationsgehalt aufgrund des Zeitpunkts der Veranstaltung sehr reduziert ist.

Freiburg hat mit einem Beteiligungshaushalt, kombiniert mit Elementen des Gender Budgeting, sehr gute Erfahrungen gemacht. Nicht nur das Verständnis und die Akzeptanz des Haushalts haben zugenommen, die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt wurde insgesamt gesteigert.

Wir werden uns deshalb auch weiterhin für die demokratische und zeitgemäße Form der Bürgerbeteiligung einsetzen und wie schon in der Vergangenheit im Rahmen Ideen, Anregungen und Vorschläge aus der Bevölkerung aufnehmen und an die Verwaltung weiterleiten.

Mehr Raum für freie Kunst und Kultur

Kultur ist für die Entwicklung einer Stadt kein Sahnehäubchen. Freies Denken und kreatives Gestalten hilft die Herausforderungen der Zukunft zu meistern und wird insbesondere über die freie Kultur gefördert. Daher bleiben die Schwerpunkte unserer grünen Kulturpolitik der letzten Jahre weiterhin aktuell: Wir wollen die Zuschüsse an die freien Kunst- und Kulturschaffenden deutlich aufstocken und ein Kulturbüro einrichten, das zur Vernetzung beitragen soll.

Wir haben konkrete Vorschläge zur Umsetzung: Die Finanzmittel, die als Aufstockung für das Kulturhauptstadtbüro im Haushalt eingestellt sind, sollen für die Einrichtung eines Kulturbüros verwendet werden. Im allgemeinen Kulturbereich ist es – nun auch nach Angaben aus der Verwaltung – möglich, 475.000 Euro umzuschichten und mit ihnen gezielt die freie Szene zu stärken. Darüber freuen wir uns natürlich besonders, da wir uns immer für die Unterstützung der freien Szene eingesetzt haben. Wir wollen auch Institutionen wie Zeitraum-Exit in Notlagen helfend zur Seite stehen.

Das Thema Kulturhauptstadt ist für uns zweitrangig. Deutschland kann frühestens 2024 eine Kulturhauptstadt Europas stellen. Bevor über eine Bewerbung fundiert entschieden werden kann, muss die Basiskultur gestärkt und ein kulturfreundliches Klima in Mannheim geschaffen werden. Darauf zielen unsere Vorschläge.

Prestigeprojekte und von außen eingekaufte Festivals können wir uns auch im Kulturbereich im Moment nicht leisten. Die kulturelle Stadtentwicklung muss im Vordergrund stehen – dazu gehört auch eine Selbstverpflichtung aller Zuschussempfänger und Institutionen auf Integration und einen allgemeinen Bildungsauftrag.

Insbesondere die großen Kultureinrichtungen müssen ihren Teil zu den leider notwendigen Haushaltseinsparungen beitragen. Die Ansätze dazu sind vorhanden – im Detail wollen wir in der einen oder anderen Richtung nachjustieren. Allen Kulturinstitutionen soll mit einer unabhängigen Überprüfung ihrer Organisationsabläufe beim Sparen geholfen werden.

Schwul-lesbische Community

Mannheim ist nicht nur eines der Zentren schwul-lesbischen Lebens in Baden-Württemberg, sondern auch in Deutschland. Zwar hat sich in Deutschland insgesamt in den vergangenen Jahren – ausgelöst durch die rot-grüne Regierung – einiges zum Positiven verändert. Doch nach wie vor sind es hauptsächlich urbane Zentren, in denen Offenheit und Toleranz gelebt werden können und Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender selbstverständlich ein Teil der Gesellschaft sind. In dörflich geprägten Regionen ist dies oftmals noch nicht der Fall. Daher wählen viele Schwule und Lesben Zentren wie Mannheim als ihren Lebensmittelpunkt.

Dementsprechend braucht Mannheim eine Infrastruktur für die schwul-lesbische Community. Die Psychologische Lesben- und Schwulenberatung (PLUS e.V.) spielt hierbei eine herausragende Rolle. Für die Sicherung der Arbeit von PLUS muss die Stadt auch in Form von kommunaler Förderung dau-

erhaft Verantwortung übernehmen. Insbesondere die Arbeit mit Jugendlichen, die während der Phase ihres Coming-Outs besonderen Herausforderungen gegenüber stehen, Migrantinnen und Migranten, die in ihren ethnischen Peer-Groups oft mit besonders starker Ablehnung zu kämpfen haben, und Schwule, die aufgrund eigener Psychiatrieerfahrung oft Ausgrenzung erfahren, brauchen speziell auf sie zugeschnittene Unterstützung, die in Mannheim nur PLUS anbietet. So liegt die Selbstmordrate bei homosexuellen Jugendlichen immer noch vier Mal höher als bei gleichaltrigen Heterosexuellen.

Der Christopher-Street-Day (CSD) als politisches Zeichen ist ein wichtiges Signal nach innen und nach außen für die Toleranz, die Mannheim seit Jahrhunderten gelebt wird und für den Kampf um volle Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen. Es ist wichtig, dass sich die Stadt nicht nur finanziell, sondern auch durch ein sichtbares Zeichen, wie beispielsweise einem eigenen Paradewagen, am CSD beteiligt. Der Christopher-Street-Day ist seit langem ein Highlight im Veranstaltungskalender der Stadt und trägt zu einem positiven Image Mannheims weit über die Region hinaus bei.

Ehrenamt fördert Talente

Die Zukunftsfähigkeit einer Stadt hängt vor allem davon ab, wie sie die Talente ihrer Bürgerinnen und Bürger fördert und die produktive Spannung im Umgang miteinander, die aus ihrer eigenen Vielfalt entsteht.

Ehrenamt und Freiwilligenarbeit werden in Zukunft einen immer größeren Stellenwert bekommen. Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit, dem Ehrenamt und der Freiwilligenarbeit sollte der gleiche Stellenwert wie Erwerbsarbeit zugewiesen werden. Darum gilt es fortlaufend das Ehrenamt zu unterstützen, indem die Arbeit der Ehrenamtlichen in vielfältiger Form geschätzt und honoriert wird.

Das Büro der Ehrenamtsbeauftragten hilft Interessierten bei der Suche nach der passenden ehrenamtlichen Tätigkeit, unterstützt durch Weiterbildungsangebote, zeigt Finanzierungsmöglichkeiten auf und knüpft wichtige Kontakte zur Wirtschaft, erstellt im Rahmen einer Datenbank einen Überblick über das Ehrenamt in Mannheim u.v.m. Die Anforderungen an das Büro nehmen dabei kontinuierlich zu, während die finanzielle Ausstattung zu unserem Bedauern weiterhin stagniert.

Eine-Welt: Gerade in schweren Zeiten über den eigenen Tellerrand schauen!

Viele Menschen in unserer Stadt engagieren sich ganz privat oder mit anderen zusammen, u.a. im Rahmen des Agenda 21- Prozesses nach dem Motto „global denken, lokal handeln“ nicht nur für ihre direkte Umwelt, sondern auch für die Lösung von sozialen und ökologischen Problemen in der „Einen Welt“. Hinzu kommen mit InWEnt am neuen Messplatz und mit unseren Hochschulen Bildungsstätten, in denen wir den Führungsnachwuchs vieler Länder zu Gast haben. Die Europäische Union und viele Stiftungen haben die Bedeutung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, vor allem wenn sie von mehreren Partnern in verschiedenen Ländern getragen wird, begriffen und fördern entsprechende Anstrengungen auf kommunaler Ebene. In all dem sehen wir weiterhin die großartige Chance, das historisch gewachsene soziale Selbstverständnis unserer Stadt glaubwürdig lebendig zu halten. Dazu müssen wir zum Beispiel das „Eine-Welt-Forum“ mit den nötigen Mitteln ausstatten, um auch die anderen Förder- und Stiftungsgelder für das Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger zu akquirieren. Auch sollten wir verstärkt den Agendagedanken in unsere Städtepartnerschaften hineinragen und das Know-how der am Agendaprozess Beteiligten einbringen!

Kein Raum für Intoleranz und Rassismus!

In einer toleranten und weltoffenen Stadt haben Intoleranz und rechtes Gedankengut keinen Platz. Bekenntnisse für eine bunte und vielfältige Stadt mit Bewohnerinnen und Bewohnern aus über 150

Nationen dürfen nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben. Aktive antifaschistische Arbeit muss von der Stadt ideell und materiell gefördert werden. Wir dürfen Aktivitäten von Rechtsextremisten, von alten und neuen Nazis in unserer Stadt, in unseren Straßen, an unseren Schulen oder in unseren Stadien nicht dulden, sondern müssen vorbeugend tätig werden.

Wir begrüßen ausdrücklich das Vorgehen der Verwaltung, die nach vielen Jahren und diversen Anträgen unser Anliegen aufgegriffen hat und die Mannheimer Straßennamen einer Überprüfung unterzieht. Viel zu lange wurden Straßen nach Menschen benannt, die eben nicht dieser Ehre würdig waren. Ebenso unterstützen wir Pläne, auch an anderer Stelle die Würdigkeit von Namensgebern zu prüfen. Genannt seien hier vor allem Schulen wie z.B. das Peter-Petersen-Gymnasium.

Auch die Region braucht mehr Unterstützung. Außerhalb Mannheims sind zum Teil deutlich aktivere fremdenfeindliche und rechtsextreme Gruppen zu finden. Wir erwarten und unterstützen deshalb im gesamten Rhein-Neckar-Raum ein eindeutigeres Vorgehen und hoffen, dass das angestrebte antifaschistische Klima Mannheims als positives Beispiel für andere Kommunen gelten kann. Nur eine wachsame Region kann die Ausbreitung von rechten Ideologien und Gewalttaten verhindern. Mannheim muss dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Integrationspreis als Würdigung wertvoller Integrationsarbeit

Der diesjährige Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters zeigte uns allen das große Potenzial, das Mannheim besitzt, wenn es darum geht, Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren. Die Integration von Menschen aus anderen Teilen der Welt ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Stadt, was durch die integrationspolitischen Ziele Mannheims deutlich wird. Diese Ziele mit Inhalten zu füllen ist Aufgabe aller Menschen und daran sollten wir regelmäßig erinnern. Die beispielsweise am Neujahrsempfang vorgestellten Projekte leisten eine wichtige Aufgabe – sie sollten ein Anreiz für andere Menschen sein, diesen Beispielen zu folgen. Wir wollen die wertvolle Integrationsarbeit von Vereinen, Initiativen und Privatpersonen in unserer Stadt jährlich durch einen Integrationspreis würdigen.



STADTVERWALTUNG IM WANDEL

Change² – Quo vadis, Verwaltungsumbau?

Der Verwaltungsumbau ist das zentrale Projekt der Stadtverwaltung. Rund 40 Projekte warten auf ihre Umsetzung oder wurden schon realisiert. Vorgehen und Ergebnisse überzeugen nicht immer, sondern lassen zwiespältige Gefühle zurück.

Zum Einen werden im Rahmen des Verwaltungs-umbaus endlich Projekte wie das Immobilienmanagement realisiert, die teilweise schon seit vielen Jahren auf eine Umsetzung warten. Projekte wie Stadtteilorientierung oder die Reform der Arbeit des Gemeinderats oder der Bezirksbeiräte können endlich angegangen werden, neue Formen der Projektarbeit schaffen neue Formen der Zusammenarbeit.

Zum Anderen erscheinen die Ergebnisse der einzelnen Projekte meist absehbar und bringen wenig Neues. Eine Erarbeitung bzw. Entwicklung unter Berücksichtigung aller Faktoren wird unterlassen, stattdessen präsentieren teure Beratungsunternehmen die Ergebnisse, die von ihren Auftraggebern erwartet werden. Eine Beteiligung der politischen Gremien unterbleibt oder muss erzwungen werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden schon lange nicht mehr mitgenommen, sondern harren verunsichert der Dinge, die auf sie zu kommen.

Der Verwaltungsumbau braucht mehr Zeit und mehr Mittel.

Wir werden den Verwaltungsumbau auch weiterhin unterstützen, aber in unserer kritischen Begleitung nicht nachlassen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das Kapital der Stadt

Wir unterstützen die Verwaltung bei ihrem Plan, die Zahl der Ausbildungsplätze auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten bzw. sogar noch auszubauen. Ebenso halten wir es für wichtig, dass die Verwaltung verstärkt darauf achtet, bei ihren Auszubildenden die Vielfalt der Mannheimer Bevölkerung abzubilden und verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen. Dieses Vorgehen verjüngt und stärkt die Verwaltung und schafft größere Nähe zur Bürgerschaft.

Die so genannte Aufgabenverdichtung belastet die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer stärker. Während in bestimmten Bereichen immer neue Stellen eingerichtet werden, sollen anderswo die Aufgaben von ersatzlos ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen einfach mit übernommen werden. Hier gilt es unserer Auffassung nach stärker in eine Aufgabenkritik einzusteigen.

Besonders freuen wir uns, dass zwischenzeitlich mit der Einführung einer Praktikumsvergütung einer langjährigen grünen Forderung entsprochen wurde. Hier ist die Verwaltung endlich ihrer Verantwortung nachgekommen. Ebenso begrüßen wir die Abnahme von befristeten Verträgen, die vor allem in Kindertagesstätten für viel Unruhe gesorgt haben.

Ein weiterer Punkt, der unserer verstärkten Beachtung bedarf, ist die Gesundheitsvorsorge. In einer Verwaltung, die ebenso wie unsere Gesellschaft immer älter wird, muss Gesundheitsvorsorge einen viel größeren Raum einnehmen als bisher.

Ein altes Thema, mit dem wir uns fast regelmäßig im Rahmen der Haushaltsaufstellung beschäftigen, ist die Weiterbildung. Hier müssen wir leider feststellen, dass sich erneut nichts geändert hat. Dabei ist gut ausgebildetes Personal das beste Kapital einer Verwaltung, und dazu gehören regelmäßige Weiterbildungen.

Gender Budgeting – zu früh gefreut

In unserer letzten Haushaltsrede haben wir getitelt: „Gender Budgeting kommt voran“. Leider müssen wir feststellen, dass das Thema in seiner Bedeutung rapide absinkt, wenn es nicht von außen vorangetrieben wird. Entsprechende Äußerungen der Verwaltungsspitze auf der so genannten Bürgerversammlung zum Haushalt haben uns in unserer Position bestärkt, uns des Themas in den kommenden Jahren wieder verstärkt anzunehmen. Vor allem im Hinblick auf den Produkthaushalt, der den kameralen Haushalt in zwei Jahren ersetzen wird, erhoffen wir uns Fortschritte. Wir werden bei dem Thema aber auch die Gesellschaften, die Eigenbetriebe und die Zuschussempfängerinnen und -empfänger nicht aus den Augen verlieren.

Globale Probleme bekämpfen – gerecht Produkte beschaffen

Die Hilfsbereitschaft auch unserer Mannheimer Bevölkerung ist, wie das Beispiel Haiti erneut zeigt, ausgesprochen groß. Dabei wächst das Bewusstsein, dass gegen Naturkatastrophen nur sehr bedingt etwas ausgerichtet werden kann und die sozialen Probleme, welche die Folgen solcher Katastrophen dramatisch verschärfen, von Menschen gemacht sind. Zur nachhaltigen Bekämpfung dieser globalen sozialen Probleme sind auch wir als kommunal Wirtschaftende aufgefordert. Dabei müssen wir nur unserem eigenen Beschluss strikt Folge leisten, unsere Beschaffungssysteme an den ILO- Kernnormen auszurichten und damit den fairen Handel im Bereich der öffentlichen Nachfrage voranzutreiben. Zur Unterstützung der Stadtverwaltung bei der Umsetzung dieses Beschlusses regen wir die Zusammenarbeit mit den inzwischen zahlreichen deutschen Städten und Gemeinden an, die sich in diesem Feld zusammengeschlossen haben. Denn entgegen der landläufigen Meinung muss faire Wirtschaften nicht teuer sein und notwendigen Sparanstrengungen entgegenstehen. Die Folgen ungerechten Wirtschaftens hingegen bekommen wir alle über kurz oder lang zu spüren!



SCHLUSSBEMERKUNG

**Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,**

wie immer haben wir versucht, in unserer Rede auf die aus unserer Sicht wichtigsten Punkte bei den anstehenden Etatberatungen einzugehen.

Unsere sieben strategischen Ziele für Mannheim sind:

- 1. Wir wollen unsere Stadt ökologischer, solidarischer und familienfreundlicher gestalten.**
- 2. Wir wollen allen Menschen mit ihren Talenten Raum geben.**
- 3. Wir wollen die Wirtschaft in einem gerechten Miteinander fördern.**
- 4. Wir wollen die Vielfalt in Mannheim stärken.**
- 5. Wir wollen die Bildung gerechter gestalten, indem wir unsere Schulen allen öffnen.**
- 6. Wir wollen der Kultur in unserer Stadt wieder freien Raum zur Entfaltung geben.**
- 7. Wir wollen die Menschen ernsthaft beteiligen.**

Wir werden sehen, wie verantwortlich der neue Gemeinderat mit der Finanzsituation umgehen wird. In Gesprächen mit allen Fraktionen und Gruppierungen werden wir um Unterstützung für unsere Positionen werben, sind ggf. aber auch bereit den Haushalt mit nur knapper Mehrheit zu verabschieden, wenn ein verantwortungsvoller Umgang mit dieser Krise verweigert wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre Unterstützung und ihre Arbeit danken.

Bedanken möchte ich mich außerdem bei den Mannheimerinnen und Mannheimern, die uns mit ihren Wünschen und Anregungen wertvolle Hinweise darauf gegeben haben, wo beim Entwurf des Haushalts manchmal zu sehr die Zahl und zu wenig die Auswirkung im Vordergrund stand.

Und ausdrücklich bedanken möchte ich mich bei denen, die sich – auch außerhalb der Verwaltung – haupt- oder ehrenamtlich um das Gemeinwesen und die Gemeinschaft kümmern.

Uns allen wünsche ich gute und produktive Haushaltsberatungen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort.
Die nicht gesprochenen Passagen wurden zu Protokoll gegeben.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat
Rathaus E5 · 68159 Mannheim

Telefon: 0621-29 34 03
Telefax: 0621-15 61 800
E-Mail: gruene@mannheim.de
Internet: www.gruene-mannheim.de



